

Für transparente Handelsverträge

Global Die Zeit ist reif für eine Demokratisierung der Handelspolitik. So kann die EU zur Treiberin für ein ethisches System innerhalb der UNO werden

■ Christian Felber

Angenommen, der europäisch-kanadische Handelsvertrag CETA überlebt nicht und aus dem TTIP-Deal mit den USA wird tatsächlich nichts mehr. Was ist dann gewonnen, außer dem Erfolg, zwei Verschlechterungen des Status quo verhindert zu haben? Jener Status quo sieht so aus: Zum einen verhandelt die EU-Kommission nebst TTIP und CETA über 40 weitere Freihandelsverträge, siehe die jüngste „Überraschung“ zum Geheimabkommen mit Japan. Zum anderen sind mit den EU-Mitgliedsstaaten derzeit 1.400 bilaterale Investitionsschutzabkommen in Kraft. Drittens gelten die mehr als 60 Teilverträge der World Trade Organization (WTO) unverändert weiter.

Der aktuelle Grundlagenvortrag der EU, der Lissabon-Vertrag, verpflichtet die EU-Organe zur aktuellen Freihandelspolitik. Artikel 21 dieses Vertrages schreibt „den schrittweisen Abbau internationaler Handelshemmnisse“ vor, und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union verpflichtet in Artikel 206 zur „schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und bei den ausländischen Direktinvestitionen sowie zum Abbau der Zollschränken und anderer Schranken“.

Der EU-Rat erteilt der Kommission bereitwillig Verhandlungsmandate, um diese vertraglichen Ziele mit allen möglichen Ländern in bilateralen Handels- und Investitionsschutzabkommen umzusetzen. 2007 wechselte die EU-Kommission strategisch von der multilateralen WTO-Ebene, nachdem der Freihandelsansatz dort faktisch zum Stillstand kam, auf die Ebene bilateraler Abkommen.

Was an CETA, TTIP und den anderen Zwangshandelsabkommen neben deren Inhalten so stört, ist ihre intransparente Beauftragung und Verhandlung, die einseitige Konsultation von Industrie-Vertretern und der Umstand, dass die Letztentscheidung nicht bei den Souveränen liegt, sondern bei ihrer Vertretung – die wiederum genau diese Spielregeln selbst beschlossen hat. Von daher braucht es zunächst einen demokratischeren Prozess für die Außenhandelspolitik der EU.

Dieser könnte so aussehen: Das Rahmenmandat im Lissabon-Vertrag, die Ziele und Grundausrichtung der EU-Außenhandelspolitik, wird erstens direkt vom Souverän erteilt. Die Ziele könnten folgendermaßen aussehen: umfassende Umsetzung der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, begrenzte Ungleichheit, sozialer Zusammenhalt, Schutz der kulturellen Vielfalt. Direkte Mandate zur Aushandlung konkreter Wirtschaftsabkommen könnten zweitens nur von der direkt gewählten Instanz kommen: vom EU-Parlament. Aus dessen jeweiligen Ausschüssen für Handelspolitik, Umweltpolitik und Sozialpolitik könnten sich die Verhandlerinnen und Verhandler rekrutieren. Agieren müssten sie jedoch nach Vorgabe des Souveräns: voll transparent und breit partizipativ.

Ethischer Handel

Die Sitzungen müssen öffentlich sein, alle wahrgenommenen Kontakte zwischen den Verhandlerinnen und interessierten Gruppen würden zudem transparent dokumentiert. Dass alle betroffenen Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße konsultiert und eingebunden werden, stellt ein entsprechendes Protokoll sicher. Und über das Endergebnis entscheidet die Instanz, in deren Namen verhandelt wird und für die das Abkommen schlussendlich gut sein soll: der Souverän, das heißt die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der EU.

So weit, so utopisch. Wie aber könnte eine solche Demokratisierung des Prozesses erreicht werden? Eine Option wäre ein europäisches Ver-

tragsänderungsverfahren von unten. In zahlreichen Kommunen könnten sogenannte „demokratische Handelskonvente“ organisiert werden, wie sie von der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung entwickelt wurden: Aus der Gemeindebevölkerung werden 50 bis 100 Bürgerinnen und Bürger entweder nach der Methode der Bürger- und Bürgerinnenräte ausgewählt, delegiert oder direkt gewählt. Diese bearbeiten in einem „liquiden“ deliberativen demokratischen Prozess – im lebendigen Austausch mit der gesamten Bürgerschaft – die 20 Grundsatzfragen für den Handel und bereiten sie in mehreren Alternativen auf. Frage Nummer eins zum Beispiel könnte lauten: „Welchen Stellenwert hat Handel?“ Die Antwort-Optionen könnten lauten: Handel ist Selbstzweck („Freihandel“), Handel ist abzulehnen („Protektionismus“), Maximierung der Exporte, Minimierung der Importe („Merkantilismus“) oder Handel ist Mittel zum Zweck der Umsetzung der Menschenrechte und nachhaltiger Entwicklung („Ethischer Handel“). Die Optionen zu jeder Frage werden am Ende des Konvents von der gesamten Gemeindebevölkerung „systemisch konsensiert“, das heißt, auf ihren Widerstand gemessen. Es gewinnt derjenige Vorschlag, der den geringsten Widerstand erfährt.

Nur einer kann Verträge über Handel in Auftrag geben: das EU-Parlament

Als Ergebnis steht das Meinungsbild der Kommune zur EU-Handelspolitik. Nun hat die Kommune keinerlei politische Kompetenz auf dem Gebiet der Außenhandelspolitik – ist aber davon massiv betroffen: von der öffentlichen Beschaffung über die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen bis zur Versorgung von Arbeitslosen vor Ort und Migrantinnen wie Migranten, die die „Freihandelskriege“ in ihren Herkunftsländern verloren haben.

Das lokale Konvent-Ergebnis könnte einer Delegierten „im Rucksack“ mitgegeben werden für den Bundeskonvent oder, noch besser, für den EU-Handelskonvent. Dort werden die Ergebnisse aus hunderten Gemeinden und Regionen verdichtet und die finalen Alternativen aufbereitet.

Diese werden von den Souveränen der EU-Mitgliedsstaaten abgestimmt. Das Ergebnis ist das vertragliche Fundament der EU-Außenhandelspolitik oder ein neuer Abschnitt im Grundgesetz, der die Grundlage für die handelspolitischen Entscheidungen des Bundesrates bildet.

Die ersten österreichischen Gemeinden – Stopp-CETA/TTIP-Gemeinden – haben bereits Interesse an einem solchen „demokratischen Handelskonvent“ bezeugt. In Berlin laufen seit längerem Vorbereitungen für den ersten „Kommunalen Wirtschafts-konvent“ nach der Methode der Gemeinwohl-Ökonomie.

In den Konventen werden bewusst keine Detail- oder Fachfragen gestellt, sondern die großen Grundsatzfragen und ethischen Leitlinien. Zu diesen ist die Kompetenz in der Durchschnittsbevölkerung sogar höher ausgeprägt als bei den Eliten, weil diese in ihren Karrieren und Milieus einem Rückgang der Herzensbildung anheimfallen, der Sensibilisierung für zentrale ethisch-soziale Fragen und Mitgefühl also. Von daher ist der Souverän nicht nur die demokratisch besser legitimierte Instanz für völkerrechtliche Grundsatzentscheidungen, sondern auch die fachlich geeignete.

Welche Fragen könnten nun in so einem Konvent behandelt werden oder konkret: Welche Ergebnisse sind dort zu erhoffen? Ethischer Welthandel könnte auf folgenden sechs Eckpunkten aufbauen: Zum Ersten auf dem Schutz der Werte. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen einer Ethischen UN-Handelszone verpflichten sich zur Umsetzung der UN-Menschenrechts-, Arbeits-, Sozial-, Gesundheits-, Umwelt-, Klimaschutz-, Steuer- und Antikorruptionsstandards und schützen sich vor Ländern, die diese nicht ratifizieren und einhalten, mit Ethik-Zöllen. Zum Beispiel könnten für jeden nicht ratifizierte Menschenrechtspakt 20 Prozent Schutzzoll aufgeschlagen werden, für jedes nicht ratifizierte Umweltschutzabkommen zehn Prozent Schutzzoll und für jede nicht ratifizierte Kernenergienorm der Internationalen Arbeitsorganisation IAO drei Prozent Schutzzoll. So wird dann aus dem bisher „weicher“ UN-Recht verbindliches Völkerrecht.

Vorbild: Friedrich List

Zweiter Eckpunkt könnte die Ungleichbehandlung von Ungleichem sein: Ganz nach dem Vorbild der heutigen Handelsmächte USA, Großbritannien, Japan und Deutschland sollen ärmere Länder ihre Märkte stärker, asymmetrisch und nichtreziprok schützen dürfen, bis sie vergleichbare Entwicklungsniveaus erreicht haben.

Der deutsche Ökonom Friedrich List hat schon im 19. Jahrhundert die Idee der „Erziehungszölle“ für junge, noch nicht wettbewerbsfähige Industrien sowie das Bild der „Entwicklungsleiter“ geprägt, welche die Vorreiter-Nationen selbst genutzt haben, um sie dann den Nachfolgern unfairerweise wegzuziehen. Alle Länder sollen auf ihrem Entwicklungsweg dieselben Leitern und Hilfsmittel verwenden dürfen. Das gilt aktuell für die „Partnerschaftsabkommen“ zwischen dem Superschwergewicht EU und den afrikanischen (handelspolitischen) Fliegengewichten.

Drittens dürfen die Globalisierung und das Handelssystem nicht zur „goldenen Zwangsjacke“ werden. Letztere propagiert der US-Journalist Thomas Friedman: Allein durch die Deregulierung von Gütern- und Finanzströmen, Privatisierungen, Sozialabbau und die Beschränkung staatlicher Ausgaben würden Armutsbekämpfung und Anhebung des Lebensstandards ermöglicht.

Das dementsprechende One-size-fits-all-Modell der WTO jedoch schränkt den Handlungsspielraum der WTO-Mitglieder massiv ein. Insbesondere darf keinem Land verboten werden, Investitionen zu regulieren, öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen, lokale Unternehmen zu bevorzugen oder öffentliche Aufträge an ethische Kriterien zu knüpfen. Jedes Land muss sich so weit öffnen dürfen, wie es für seine Bedürfnisse angemessen ist.

Resilienz und kulturelle Vielfalt könnten den vierten Eckpunkt bilden: Entgegen dem Dogma der internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung, dessen Gipfel-punkt wäre, dass jedes Produkt nur noch in einem Land hergestellt würde oder dass alles, was irgendwo auf der Welt produziert wird, auch exportiert wird, ist es vielmehr erstrebenswert, dass alle Länder in vielen Branchen, speziell in der Grundversorgung mit Nahrung und Energie, unabhängig sind (siehe Text rechts) und sich primär mit Spezialitäten über den Weltmarkt versorgen. Der Weltmarkt sollte grundsätzlich das Salz in der Suppe lokal-regionalen Wirtschaftens sein, und nicht umgekehrt. Der Weltmarkt sollte ergänzen und stimulieren, nicht aber verdrängen und dominieren.

Damit die Eckpunkte drei und vier nicht zu neomerkantilistischen Konkurrenz-Strategien verleiten, sollten sich alle Teilnehmer-Staaten einer ethischen Welthandelsordnung zu ausgeglichenen Leistungsbilanzen verpflichten – dies wäre der fünfte der hier vorgeschlagenen Eckpunkte. Dann können autonome Schutz-Maßnahmen nicht auf Kosten anderer gehen.



Auf einem Globus ohne CETA, TTIP und all die andere Zwangsverträge sollte grundsätzlich gelten: Der Weltmarkt ist das Salz in der Suppe lokal-regionalen Wirtschaftens. Nicht umgekehrt

ILLUSTRATION: DER FREITAG; MATERIAL: ZERBROCKTE WERKE (DUTTMANN)

John Maynard Keynes hat einst mit der „Internationalen Clearing-Union“ (ICU) ein geniales Modell entworfen, wie alle Staaten eine ausgeglichene Leistungsbilanz erreichen könnten. Der internationale Handel wird über ein Handelskonto bei der ICU abgewickelt. Abweichungen von ausgeglichenen Handelsbilanzen führen zu Auf- oder Abwertungen oder zu Strafzahlungen. So gleichen sich die Leistungsbilanzen aus und das Gesamtsystem bleibt, anders als heute, im Gleichgewicht.

Der sechste Punkt wäre die Begrenzung der Macht und Größe von Konzernen, um den Weltmarkt vor Oligopolbildung und Vermachtung zu schützen. Hierfür könnte der Zugang zur ethischen Handelszone auf Firmen begrenzt werden, deren Umsatz oder Bilanzsumme 50 Milliarden Euro und deren Anteil am Weltmarkt einen halben Prozentpunkt nicht überschreitet. Zudem

sollen alle Unternehmen, die Zugang zum Weltmarkt anstreben, eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen müssen. In dieser werden die Folgen ihrer Aktivitäten ersichtlich: für Mitarbeiterinnen, Lieferanten und Kunden etwa. Die Auswirkungen auf die Umwelt, die Lohnspreizung im Betrieb, die Verwendung von Gewinnen, Stand von Diversität und Gleichstellung – all das kann in eine Gemeinwohlbilanz einfließen, wie sie schon heute hunderte Firmen in Europa nutzen. Für einen ethischen Welthandel könnte die Maxime dann sein: Je besser das Ergebnis der Gemeinwohlbilanz, desto günstiger der Marktzugang.

Und je geringer die ethischen Leistungen, desto teurer wird es – bis zur Nicht-Verlängerung der „Lizenz zum Handeln“. Es geht um anderen Regeln als beim Freihandel: Ethischer Handel dient den Werten und Zielen der Staatengemeinschaft.

Nur noch kurz die Welt reparieren

Lokal Selbermacher werkeln in „Repaircafés“: Sind offene Werkstätten und 3D-Drucker eine Alternative zu den Lieferketten der Konzerne?

■ Marius Hasenheit

Glommende Funken fallen auf den Boden, als Ludwig Kuntscher einen glühenden Stab in die Höhe hält und fragt: „Hast du schon einmal verbrennenden Stahl gesehen?“ Kuntscher, Mitte 20, gehört zum Koordinationskreis des Werkhauses Potsdam und leitet dessen Schmiede-Workshops. „Ein spannendes, aber aussterbendes Handwerk“, sagt er. Zwei Teilnehmer sind heute dabei, der Wechsel von Erhitzen und Abschrecken des Metalls verlangt Konzentration, die sich in ihren gebanntem Blicken auf die Glut und den Amboss abzeichnet. Ohne jegliche Schmiedeerfahrung fertigen sie gerade ihre ersten eigenen Kleiderhaken.

Die Dinge selber herstellen statt sie nur immer in den Filialen globaler Konzerne wie Ikea zum Schnäppchenpreis zu kaufen – dieses Motiv mag eine Nische bilden und treibt doch immer mehr Menschen in die rund 250 „Freiräume zum Selbermachen“, die der Verbund Offener Werkstätten auf seiner Internetseite für den deutschsprachigen Raum listet. Wer dabei nur an die Fabrikationslabore – „FabLabs“ – und die „Makerspaces“ mit ihren 3D-Druckern denkt, tut der Szene Unrecht. Zwar erlebt die Bastelkultur auch wegen der modernen Kiezwerkstätten eine Renaissance, doch Lowtech ist noch lange nicht tot. Vierterorts wird getöpft, geschliffen, gesägt und geschmiedet. Egal, ob ein 3D-Drucker, eine CNC-Fräse oder eine Drechselbank in der Werkstatt steht: Vereine und Kollektive profitieren von der Lust am Werken.

Manche Schwärmer erwarten, dass die neue Bastelgeneration die Nische verlässt, die vorherrschende Wirtschaftsweise hackt und sie nachhaltiger, sozialer, ja sogar postkapitalistisch gestaltet. Während Politik und Wirtschaft einen rhetorischen Kampf zwischen Freihandel und Protektionismus ausfechten, sollen offene Werkstätten eine eigene Zukunft schaffen – Jeremy Rifkins Null-Grenzkosten-Gesellschaftstheorie in der Praxis. Eine Gesellschaft, in der weite Transportwege entfallen, Konsumenten zu Produzenten oder „Prosumenten“ werden und der Weltmarkt mit seinen globalen Lieferketten höchstens noch ein Ort ist, auf dem man sich Spezialprodukte besorgt. *Die Welt reparieren* ist dann auch der Titel des jüngst erschienenen Sammelbandes, in dem viele Akteure der Szene vertreten sind. Unterzeile: *Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis* (transcript 2016, 352 S., 19,99 €). Digitalversion gratis.

Fahrräder für Flüchtlinge

Noch ist es aber nicht ganz so weit, jedenfalls nicht, wenn man dem differenzierten Bild glaubt, das eine jüngst veröffentlichte Untersuchung des Forschungsverbundes „Commons-based Peer Production in offenen Werkstätten“ (COWERK), gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, zeichnet. 500 Bastler aus 180 Werkstätten wurden dafür befragt – ein Viertel schickte den Fragebogen zurück. Ob Open-Source-Anhänger, Upcycler oder Töpferkünstlernehmer, 70 Prozent der Befragten sind ehrenamtlich in ihrer Werkstatt tätig. 61 Prozent nehmen ihre Werkstücke mit nach Hause. Im gemeinsamen Besitz der offenen Werkstätten verbleiben nur 16 Prozent der hergestellten oder reparierten Güter. Die meisten Repaircafés und Vereine ähneln eher kleineren Bildungseinrichtungen denn großen Produktionsstätten.

„Es geht uns vor allem um den Aha-Effekt“, sagt Florent Vivier. Seit einem Jahrzehnt ist er beim Werkhaus in Potsdam dabei, heute als Koordinator der Holzwerkstatt. „Wir bauen mit Kindern aus dem benachbarten Plattenbauviertel Longboards, und Geflüchteten reparieren wir Fahrräder und bieten verschiedenste Kurse gegen kleine Gebühren an. Dabei ist das Basteln vor allem die Chance für einen Dialog über die Frage, wie wir leben wollen.“ Die Werkstätten gehören zum ProjektHaus Potsdam,

auf dessen Gelände ein selbst gebautes Passivhaus als Mitglied des Mietshäuser Syndikats Wohnen zu niedriger Miete ermöglicht und eine Jugendbildungsstätte des Landes Brandenburg ist.

Um in den Kursen zum Denken anzugehen, gehen die Potsdamer ökologische Kompromisse ein. „Hauptbestandteil für unser Lastenrad sind leichte Aluminiumbauteile. Die Produktion von Aluminium ist umweltschädlich, aber zum einen ersetzt das Lastenrad im besten Fall ein Auto, und zum anderen regt der Bau eines solchen Rads an, über Mobilität nachzudenken“, sagt Vivier. Um auch jüngere Generationen anzusprechen, kombinieren die Kursleiter die Lastenräder mit einem Beamer, und bauen so mobile Kino-Bikes. Auf diese Art wird Technologie greifbarer – nicht nur für Kinder. „De-Blackboxing“

Es ist nicht deins, bis du es richten kannst: Für viele ist das ein Hobby

nennt das die Repairbewegung: Es ist nicht deins, bis du es reparieren kannst.

Doch trotz des Hypes, der tausenden Neumitglieder und hunderten neuen Gruppen, die Bewegung ist klein und mit makroökonomischen Indikatoren praktisch nicht erfassbar. Doch die Frage, ob sie mit Drechseln, Schweißern, Fräsen und 3D-Druckern globale Lieferketten erschüttern, stellt sich vielen Bastlern auch gar nicht – für sie ist das Ganze schlicht ein Hobby.

Bastler zum Ausbeuten

Allein in schumrigen Kellerwerkstätten und alternativen Gemeinschaftsprojekten ist die kollaborative Selbermachkultur aber längst nicht mehr zu Hause. Der Techniksoziologe David Seibt sagt: „Unter Schlagworten wie Open Innovation, Coproduction oder Firm-hosted Peer-Production laden längst auch Großunternehmen zum Mitentwickeln von Produkten und Services ein.“ Produktentwickler und Forscher arbeiten heute an Projekten von Airbus, der Bahn oder Renault, ohne regulär angestellt zu sein. „Natürlich könnte man einwenden, dass es schon immer Formen von Koproduktionen zwischen Firmen und Nutzern gab, doch heute sind diese stärker institutionalisiert und werden von vielen Firmen ganz bewusst forciert“, sagt Seibt, der an der TU München forscht. Das geschieht na-

türlich nicht aus Uneigennützigkeit. „Unternehmen kooperieren häufig mit FabLabs oder Open-Source-Projekten und nehmen dann deren Ideen auf.“

Auch mit dieser Kopie durch Konzerne mag es zu tun haben, dass an der Basis heute manche ein wenig desillusioniert sind. „Die Euphorie um die FabLabs ist etwas abgeklungen“, sagt der COWERK-Wissenschaftler Michael Steinfeldt. Unklar seien die konkreten sozialen und ökologischen Auswirkungen von offenen Werkstätten. „Die sind häufig eher indirekt messbar, traditionelles Wissen wird wieder erlangt, sozialer Zusammenhalt verstärkt.“ Allein damit ließen sich aber nicht gleich ganze ländliche Regionen reindustrialisieren. In Sachen Standort hat das Werkhaus Potsdam derzeit andere Bedenken – es liegt mitten in einer Villengegend unweit des Grünbeltzesses. Einige Nachbarn stehen den Bastlern durchaus wohlwollend gegenüber, kommen zum Hoffset. Im Werkhaus hoffen sie, dass das auch die Bewohner des nebenan entstehenden Neubaus mit teuren Eigentumswohnungen so halten und sich nicht etwa über Lärm aus der Schmiedewerkstatt beschweren werden.

Marius Hasenheit arbeitet als Forscher am Ecologic Institute in Berlin und als Journalist unter anderem für das *transform*-Magazin

ANZEIGE

Gewinnen Sie frohe Ostern.

Jetzt Handelsblatt zum Vorzugspreis testen und am Gewinnspiel teilnehmen.



Hauptgewinn: TV-Sounddeck

Teufel High-End-TV-Sounddeck „Cinebase“

Testen und Printen:

- Handelsblatt Print oder Digital zum Sonderpreis
- Teufel Sounddeck oder einen von 100 Lindt Schokohasen
- bestens informiert durch die Feiertage

Zum Osternest:

angebot.handelsblatt.com/ostern

Es handelt sich um ein Gewinnspiel der Handelsblatt GmbH. Die vollständigen Teilnahmebedingungen können unter angebot.handelsblatt.com/ostern eingesehen werden. Teilnahmechluss ist der 30.04.2017.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.